

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d

Inhalt

Helmut Rohde MdB, AfA-Bundesvorsitzender, fordert, die Münchner SPD-Beschlüsse mit Leben zu erfüllen: Polit-Wochenende von der Stange? Seite 1

Wolfgang Clement zur Flick-Affäre: Justiz muß für Ehrenschatz sorgen.

Seite 3

Dieter Spöri MdB verlangt, daß im Fall Flick die Lobby-Listen auf den Tisch kommen: Auf Steuergeheimnis verzichten.

Seite 4

Egon Lutz MdB kommentiert die jüngsten Arbeitsmarktdaten: Nach dem verpaßten Frühjahrsschwung nun das Sommerloch.

Seite 5

Alfred Sommer MdL schildert, wie die CSU bei Rechtsradikalen grast: Ein Doktor der Völkerkunde wirbt bei der Deutschen Volksunion.

Seite 6

Dokumentation

Prof. Michael Regus gegen Privathochschulen: Die Ziele im Rahmen des öffentlichen Hochschulsystems durchsetzen. Seite 7

37. Jahrgang / 124

5. Juli 1982

Polit-Wochenende von der Stange?

Die Beschlüsse von München mit Leben erfüllen

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Wer geglaubt hat, nach den Haushaltsberatungen der Regierung würde sich das öffentliche Interesse hauptsächlich auf die konkrete Ausgestaltung der Beschlüsse konzentrieren, der hat sich geirrt. Es ging am letzten Wochenende weiter wie bisher. Die Themen ändern sich vielleicht, die Machart aber bleibt. Wie wir's mit den Grünen halten, wurden wir beispielsweise gefragt. Die Union ist bisher von den Liberalen von einer solchen Frage verschont geblieben, obwohl CDU und CSU seit Jahren die Grünen wie "Halleodris" in der deutschen Politik behandeln. Die Unionshoffnung ist ziemlich eindeutig. Sie rechnet damit, daß es die Grünen fertigbringen, ihr die Liberalen vom Hals zu schaffen, die Sozialdemokraten zu schwächen und der Union selbst zu ermöglichen, in den Parlamenten einsam an der Spitze zu liegen, also die Mehrheit zu besitzen.

Die grünen Hoffnungen der Schwarzen sind nicht zu überbieten. Die Alternativen sollen Mehrheitsbeschaffer ganz eigener Art werden. Klamheimlich denkt man noch immer an die letzte Schleswig-Holstein-Wahl. Wie gesagt, dies alles hat die Liberalen nicht gestört. In Hessen beschlossen sie sogar ein Bündnis mit der Union, und man muß schon naiv sein, um daran zu glauben, daß man es in Wiesbaden mit Dregger treiben will, um Schmidt in Bonn zu stützen. Unwillkürlich denkt man an die Laokoon-Statue, wenn man die Verrenkungen in der deutschen Politik sieht.

Übrigens: Vor ein paar Tagen schrieben auch noch die Sozialausschüsse der CDU einen "Offenen Brief", beschwerten sich - bei uns - über die Bundestagsbeschlüsse zum Mietrecht und andere Fragen. Nachdem nun aber die eigene CDU/CSU soeben im Bundesrat vor allem die Mietbeschlüsse zum Nachteil der Mieter und der Arbeitnehmer noch verschärft haben, ist es auch bei der CDA wieder ruhig geworden. Man sitzt wieder auf Tauchstation. Einen neuen "Offenen Brief" an die eigenen Unions-Vormänner gibt es nicht.



Damit nicht genug: Nahezu jedes Wochenende werden Sozialdemokraten am Fernsehen auch noch mit gestelzten Sätzen wegen ihrer beschäftigungspolitischen Beschlüsse von München traktiert. Und was soll passieren? Macht man eine schnelle "Wende", dreht man sich mit dem Rücken zur Zukunft, steht man zunächst noch immer auf derselben Stelle. Sich einmal zu drehen, hat noch nicht die Umwelt, eher schon das eigene Gleichgewicht verändert. Man kann dieses politische Wort zum Montag nicht mehr hören.

Amerika, England, Konservative und ihr Anhang - die ganze traditionelle Crew - hat bereits die viel zitierte "Wende" vollzogen. Das Ergebnis ist alles andere als empfehlenswert. Das sagt man nicht nur in der Bevölkerung, auch die Wirtschaft und die Sozialverhältnisse gingen eher bergab. Die neuen Probleme am Jahrhundertende kann man eben nicht mit den alten Sprüchen angehen.

Die deutsche Politik kann von solcher Art von politischen Wochenenden nicht leben. Sie machen auf die eigene Bevölkerung eher einen kuriosen und Unmut erzeugenden Eindruck. Auch der politische Dauerlärm der Union wirkt langweilig und aufdringlich zugleich. Nur anzuklagen, ohne zu sagen, was man eigentlich will, wer kann damit leben?

Wir Sozialdemokraten können und werden uns nicht darin erschöpfen, von Haushalts- zu Haushaltsberatungen zu hüpfen. Wir gehen in den nächsten Jahren in große politische Auseinandersetzungen, darunter auch die Europa- und Bundestagswahlen. Da wird nicht nur mit "Komponenten" gehandelt. Die Buchhalter werden nicht das Wort führen. Die Wege der Zukunft werden in den Vordergrund drängen. Man muß die Konturen künftiger Politik deutlich machen. Der Parteitag in München war ein Wegzeichen. Die Beschlüsse mit Leben zu erfüllen, heißt für uns:

1. In der Verteidigungs- und Außenpolitik die Linien der Friedenssicherung unter Zukunftsbedingungen deutlich zu ziehen, zumal dies eine Volksbewegung und nicht nur eine Sache von Außenämtern ist.
2. In der Beschäftigungspolitik und im strukturellen und technologischen Wandel die notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Wege zu gehen und dabei die Entwicklung der Lebensumwelt und Arbeitsbedingungen einzubeziehen, also den Anspruch auf geordnete Lebensverhältnisse nicht nur in grünen Erwägungen oder im Protest stecken zu lassen.
3. Das für jede Industriegesellschaft, also auch für uns grundlegende Thema "Großstadt" neu aufzugreifen, klar zu machen, wie diese Lebenswelt von Millionen Menschen künftig entwickelt werden soll.
4. Unsere politische Organisationsdebatte weiter zu führen und den Arbeitnehmern aus dem Betriebsalltag eine stärkere und einflußreiche Position in der Politik zu schaffen, also die wirksame Alternative gegenüber der reinseidenen konservativen Gesellschaft deutlich werden zu lassen.

Manche empfehlen fast jedes Wochenende Wachsamkeit. Also: Zu solchen Wachmännern der Politik wollen wir nicht gerade werden. Aber sich im Blick auf den politischen Härtesten der nächsten Jahre zu wappnen, und das heißt immer, sich der Substanz zu versichern, davon halten wir viel.

(-/5.7.1982/ks/ca)

+ + +



Ein giftiges Phantasieprodukt

Justiz muß in der Flick-Affäre für Ehrenschutz sorgen

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Parteivorstandes

Die "schwarze Liste" aus dem Hause Flick, auf der die Bonner Staatsanwaltschaft die Namen von Repräsentanten aller Bundestagsparteien als angebliche Spendengeldempfänger entdeckte, ist ein empörendes Machwerk. Denn nach dem heutigen Erkenntnisstand handelt es sich um ein giftiges Phantasieprodukt, eine Mischung aus Dichtung und Wahrheit, nämlich um eine Aufzählung von erfundenen und tatsächlichen Geldempfängern, die es dem zu Unrecht Betroffenen derzeit mangels greifbarem Urheber unmöglich macht, sich außer durch unzweideutige Erklärungen wirkungsvoll, das heißt gerichtlich zur Wehr zu setzen.

In dieser Lage befindet sich der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, dessen Name ebenfalls auf jener Liste stand, und der als Zeuge vor der Staatsanwaltschaft bereits wahrheitsgemäß erklärt hat, daß er weder für sich noch für die SPD oder einen Dritten solche Zahlungen - weder legale oder illegale Parteispenden noch sonstige Zuwendungen - erhalten hat.

Für den Flick-Konzern hat Eberhard von Brauchitsch, was die Person des SPD-Vorsitzenden angeht, auf eine formale und völlig unzulängliche Weise reagiert. Die Verantwortung für die "schwarze Liste" liegt aber im Bereich des von ihm repräsentierten Konzerns. Die Frage muß deshalb gestellt werden, ob sie vielleicht zum Zwecke der Bemäntelung von Bereicherungen des oder der Urheber dieses Skandals und/oder angelegt wurde, um den Eindruck einer Komplizenschaft von Spitzenpolitikern aller Parteien zu erwecken, für den man den Namen Brandt mißbraucht hat. Offensichtlich denkt auch die Staatsanwaltschaft in dieser Richtung.

Die Erwartung richtet sich deshalb nun an die Justizbehörden: Nachdem den Verantwortlichen des Flick-Konzerns offensichtlich der Mut zu einer Ehrenerklärung für den SPD-Vorsitzenden abgeht, erscheint es angesichts der Publizität des Falles dringend geboten, zu Unrecht ins Gespräch gebrachte Politiker in Schutz zu nehmen.

Es ist wahrscheinlich fruchtlos zu fragen, wie die Ermittlungsbemühungen der Staatsanwaltschaft in Sachen "schwarzer Liste" überhaupt in die Öffentlichkeit gelangen konnten, bevor Klarheit bestand. Aber nachdem dies nun geschehen ist, ist es unabweiskbar, daß auch die zuständigen Behörden das ihre tun, um weiteren Schaden für Ruf und Ansehen zu Unrecht Betroffener abzuwenden. Die SPD kann es jedenfalls nicht geschehen lassen, daß der Name ihres Vorsitzenden in dieser unappetitlichen Affäre - "Affäre" in welcher Richtung auch immer - weiter mißbraucht wird. (-/5.7.1982/ks/ca)

+ + +



Lobby-Listen auf den Tisch

Flick soll auf Steuergeheimnis verzichten

Von Dieter Spöri MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Finanzausschuß

Aus Anlaß aktueller Berichte will ich nicht über den Ausgang der laufenden Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der Gewährung von Steuervergünstigungen zugunsten des Flick-Konzerns spekulieren. Ich will auch nicht zum x-ten Male im Detail wiederholen, warum aus finanz- und wirtschaftspolitischer Sicht auf der Ebene der zuständigen Ressorts nach meiner Meinung Fehlentscheidungen getroffen wurden. Noch weniger will ich mir den Kopf darüber zerbrechen, ob bei allen spektakulären Steuervorteilen des Flick-Konzerns durch die gewährten Steuerbegünstigungen der Verkauf des Daimler-Pakets für Flick per Saldo unternehmenspolitisch überhaupt ein Vorteil war.

Neu und kommentierenswert an diesem leidigen Dauerbrenner sind für mich dagegen Hinweise auf Pläne zur Beeinflussung des parlamentarischen Bereichs. In der letzten Woche habe ich Verdachtshinweise erhalten, daß die bei der Flick-Gruppe beschlagnahmten Unterlagen daraufhin deuten, daß Pläne bestanden, indirekt über kassierwillige Politiker auf meine Haltung und Meinung als Gegner der umstrittenen Steuerbefreiungen Einfluß zu nehmen.

Falls tatsächlich Politiker im Auftrag des Flick-Konzerns für Honorar auf Gegner der Flick-Begünstigungen angesetzt worden sind, wäre dies unabhängig von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen und der Frage, ob derartige Vorgänge justitiabel sind, eine Riesenschweinerei, die unbedingt politisch geklärt werden muß. Ich will wissen, ob jemand der mich wegen meiner Kritik an den Flick-Entscheidungen angreift, aus Überzeugung oder mit Blick auf die Kasse argumentiert.

Es ist eine Zumutung, daß wegen einer völlig überzogenen gesetzlichen Regelung zum Steuergeheimnis in Paragraph 30 Abgabenordnung offiziell aus den beschlagnahmten Unterlagen zu diesen Vorgängen keine Fakten bekannt gegeben werden können und die Öffentlichkeit auf Indiskretionen angewiesen ist. Das gesetzlich geregelte Steuergeheimnis sollte nach diesen Erfahrungen baldmöglichst novelliert werden. Heute kann die Öffentlichkeit nur die Aufforderung an Karl-Friedrich Flick richten, von sich aus im Zusammenhang mit den beschlagnahmten Unterlagen der Flick-Gruppe auf die Einhaltung des Steuergeheimnisses zu verzichten, damit auch der Verdacht über skandalöse Vorgänge, die nicht justitiabel sind, geklärt werden kann. Die ominösen Lobby-Listen müssen auf den Tisch.

Falls diese Klärung nicht hinreichend erfolgt, muß sich der Deutsche Bundestag das Recht vorbehalten, nach Abschluß der Ermittlungsverfahren einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Bei dieser Forderung darf das Maß der Betroffenheit der einzelnen Parteien keine Rolle spielen.

(-/5.7.1982/ks/ca)

+ + +



Kein Sommer für den Arbeitsmarkt

Nach dem verpaßten Frühjahrsschwung nun das Sommerloch

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

War der Mai schon kein Wonnemonat für den Arbeitsmarkt, der Juni war auch nicht besser. Die Zahl der Arbeitslosen ist mitten im Sommer wieder gestiegen. Jetzt sind 1.650.000 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern registriert. Das gefürchtete Sommerloch zeigt sich auch in diesem Jahr wieder. Niemand darf übersehen, daß der Trend der saisonbereinigten Zahlen weiter ungehemmt nach oben weist.

Wer das neue Zahlenwerk für den Arbeitsmarkt von unten nach oben und wieder zurück betrachtet, wird nichts Erfreuliches finden. Weder hinsichtlich der offenen Stellen noch hinsichtlich der Kurzarbeiterzahlen, auch nicht was Branchenentwicklungen und die ausgewiesenen Personengruppen angeht. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ist um 10.000 auf über 135.000 gestiegen; die der Schwerbehinderten um 2.000 auf 110.000; wiederum wurden mehr ältere Arbeitslose gezählt. In dieser Situation den Schutz des Schwerbehindertengesetzes im Kern negativ zu verändern, wäre sozialpolitisch ein Skandal. Die Schwächsten der Gesellschaft zu treffen hieße, die Lasten negativ zu konzentrieren. Überhaupt scheinen sich einige vorgenommen zu haben, die schwierige Konjunktur- und Arbeitsmarktlage als Vorwand zu nutzen, um "sozialen Ballast" abzuwerfen, das ist gelinde gesagt schäbig.

Jeder weiß: Die Ausbildungsstellensituation ist in diesem Jahr besonders kritisch. Einer deutlich höheren Nachfrage nach Ausbildungsplätzen steht ein vermindertes Angebot gegenüber, deshalb muß auch an dieser Stelle wieder an die Wirtschaft appelliert werden, für ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen zu sorgen. Diese Verantwortung kann der Wirtschaft niemand abnehmen. Das Jugendarbeitsschutzgesetz muß ungeschmälert erhalten bleiben. Der Gesundheits- und Gefahrenschutz ist nicht für konjunkturelle Schön-Wetter-Zeiten geschaffen worden, er muß sich gerade jetzt bewähren. Gesundheitliche Gefährdungen Jugendlicher würden zudem auch keine Erleichterung bringen. Mit erheblichen medizinischen Spätfolgen wäre zu rechnen. Mittelfristig hätte die Krankenversicherung die Zeche zu zahlen, langfristig die Rentenversicherung.

Daß der Koalitionskompromiß zum Haushalt '83 in der letzten Woche zustandekam, ist positiv zu vermerken. Ein neues Sommertheater wäre auch für den Arbeitsmarkt verheerend gewesen. Trotzdem muß man feststellen, positive Impulse für den Arbeitsmarkt bleiben für die überschaubare Zukunft Mangelware. Die Wachstumsaussichten für dieses Jahr sind und bleiben bescheiden. Erst im nächsten Jahr soll es besser werden. Die Arbeitsmarktperspektiven sind mittelfristig außerordentlich schlecht. Daß der hohe Sockel an Arbeitslosigkeit in absehbarer Zukunft abgebaut werden kann, ist nicht zu erwarten. Es bleibt dabei: Der Arbeitsmarkt kann in der Substanz nur verbessert werden, wenn es gelingt, arbeitszeitverkürzende Maßnahmen wieder auf höherem Niveau durchzusetzen. Das muß auch für die Gewerkschaften höchste Priorität haben.

(-/5.7.1982/ks/ca)

+ + +



Die CSU graut bei Rechtsradikalen

Ein Doktor der Völkerkunde wirbt bei der Deutschen Volksunion

Von Alfred Sommer MdL

Sicherheitspolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Die Führung der CSU und die Mehrheit ihrer Anhänger haben mit Rechtsextremisten nichts im Sinne. Dies vorab. Die Führung der CSU toleriert es jedoch stillschweigend, daß CSU-Wahlkandidaten bei Rechtsradikalen grasen. Die CSU nimmt es in Kauf, daß einige ihrer Repräsentanten das Gift der Ausländerfeindlichkeit und das völkische Vokabular unseligen Gedenkens unter die Bevölkerung streuen. Die Strauß-Partei trägt daher mit die Verantwortung dafür, daß für den Rechtsradikalismus ein positives Umfeld geschaffen wird, aus dem heraus es dann zu unkontrollierbaren Handlungen wie den jüngsten schrecklichen Morden in Nürnberg kommt.

Ein Beispiel für diesen CSU-Zynismus - einerseits den Rechtsextremismus zu verdammen, andererseits im rechtsradikalen Spektrum auf Stimmenfang zu gehen - liefert der PresseDienst Demokratische Initiative (PDI) in der neuesten Ausgabe seines Informationsdienstes "Blick nach rechts". Hier wird berichtet, daß der Münchner CSU-Landtagskandidat Dr. Dieter Berger (Listennummer 110) bei einer Veranstaltung der rechtsradikalen "Deutschen Volksunion" seine Wahlwerbeflugblätter verteilte. Die Veranstaltung fand nach SPD-Informationen am 11. Juni im Münchner Pschorrkeller statt. Es gibt über den Berger-Werbeauftritt ein Foto. Auf dem Flugblatt des Rechtsanwalts Dr. Dieter Berger - "Doktor der Völkerkunde", wie ausdrücklich vermerkt wird - finden sich beispielsweise diese Sätze:

- Ausländerbegrenzung, weil die Überfremdung zu unlösbaren wirtschaftlichen und politischen Konflikten führen wird.
- Ein wirksamer Schutz vor der um sich greifenden Gewaltkriminalität, damit die rechtsschaffene Mehrheit der Bevölkerung sicher und in innerem Frieden leben kann.
- Eine entschiedene Vertretung der berechtigten Interessen unseres Volkes im Rahmen einer freiheitlichen Völkergemeinschaft.
- Ein offenes Bekenntnis zu den bewährten Werten unserer abendländischen, nationalen und heimatischen Traditionen.

Der Völkerkundler Berger kündigt auf dem Flugblatt auch eine Diskussionsveranstaltung des "Konservativen Kreises" an, dessen Sprecher er ist. Diskussionsleitung: Franz Schönhuber. Quo vadis, Franz Schönhuber?

Ebenfalls dem PDI-Informationsdienst ist zu entnehmen, daß in Bayern weiterhin rechtsextremistische Schriften verteilt werden, ohne daß die Behörden wirksam einschreiten. So verbreitet der amtsbekannte Nürnberger Neonazist Eberhardt Engelhardt eine Broschüre mit dem Titel "KZ-Wahrheit gegen Lügen", in der erläutert wird, daß die "Sechs-Millionen-Lüge juristisch widerlegt" sei. In dem Schriftwerk werden 13 "Erkenntnisse" aufgeführt, die belegen sollen, daß "keine systematische Ausrottung des jüdischen Volkes versucht wurde und zwar weder auf Befehl Hitlers, noch auf Befehl höchster Reichsbehörden, daß es Gaskammern zur Ermordung von Juden weder im Altreich gegeben hat, noch im ehemaligen Generalgouvernement, daß die angeblichen 'Gaskammern' Entlausungsräume gewesen sind, daß Zyklon B ein spezifisches Entlausungsmittel ist..."

Ich habe die Verbreitung der rechtsextremistischen Engelhardt-Broschüre zum Anlaß für eine Schriftliche Anfrage genommen. Darin erkundige ich mich:

1. Sieht die Staatsregierung auch nach den jüngsten schrecklichen Ereignissen in Nürnberg immer noch keine Möglichkeit, die Verbreitung dieser rechtsradikalen Schrift zu unterbinden?
2. Ist die Staatsregierung bereit, auf eine Beschleunigung des von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Nürnberg-Fürth wegen Verdachts der Volksverhetzung eingeleiteten Ermittlungsverfahrens hinzuwirken? Wie ist der Stand des Ermittlungsverfahrens?"

(-/5.7.1982/ks/ca)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

Dokumentation

Mit dem vor allem in der SPD und den Gewerkschaften heftig umstrittenen Plan der Gründung einer Privathochschule im nordrhein-westfälischen Witten-Herdecke befaßte sich ein vom Sozialliberalen Hochschulverband am 22. Juni in der Goedesberger Stadthalle veranstaltetes Symposium. Michael Regus, Professor für Sozialmedizin an der Gesamthochschule Siegen und Bundesvorstandsmitglied des Bundes demokratischer Wissenschaftler, untersuchte das Problem in seinem Tagungsbeitrag vor dem Hintergrund "umfassenderer Krisenerscheinungen unserer Gesellschaft". Die Weiterführung der Hochschulreform im Rahmen der staatlichen Universität scheint ihm sinnvoller zu sein, als die Flucht in die Privatisierung. Wir dokumentieren sein Referat in einer vom Autor gekürzten Fassung.

Die Ziele im Rahmen des öffentlichen Hochschulsystems durchsetzen

Die gegenwärtigen Probleme an den Hochschulen zu einem erheblichen Teil Auswirkungen umfassenderer Krisenerscheinungen unserer Gesellschaft. Allenthalben spürbar sind die massiven Sparmaßnahmen, Reformstopp und Stellenstreichungen bis hin zur Gefährdung ganzer Studiengänge und Disziplinen. Lehre, Studium und Forschung werden empfindlich behindert. Das Unbehagen an diesen Zuständen geht quer durch alle Gruppen der Hochschule. Immer häufiger klagen Studenten und Hochschullehrer über Sinnentleerung und fehlende Perspektive von Studium und wissenschaftlicher Tätigkeit.

Konservative Kritiker sehen die Ursache der Misere vor allem in der Reformpolitik der 70er Jahre. Sie beklagen den Übergang zur Massenuniversität, Absenkung des Niveaus der Hochschulen, Akzentuierung beruflicher Qualifikation auf Kosten allgemeiner Bildung, die Auflösung der kleinen Gemeinschaften von Lehrenden und Lernenden, die Zerstörung geistiger Kultur und Elitebildung in der modernen Wissenschaftsfabrik und die Einschränkung professoraler Autonomie durch staatliche Bürokratie und mitbestimmte Selbstverwaltung.

Viele dieser Klagen sind zweifellos berechtigt, andere bedürften kritischer Differenzierung. In jedem Fall aber unangebracht ist die nostalgische Verklärung der vormaligen Verhältnisse an der Ordinarienuniversität und die Geringschätzung der positiven Momente der Reformpolitik. Weniger die angebliche Überzogenheit der Reformen als ihre Halbherzigkeit und bestimmte Widersprüchlichkeiten ihrer Realisierung sind heute unser Problem. Dazu kommen die Auswirkungen der gegenwärtigen Sparpolitik. Die Lösung dieser Probleme ist nicht durch Gegenreform zu erreichen. Notwendig wäre vielmehr neben einer angemessenen Lösung der Finanzierungsfrage vor allem eine Fortsetzung - oder besser gesagt - Wiederbelebung der Reformansätze und eine Korrektur der inzwischen erkennbar gewordenen Fehler durch eine entsprechende Novellierung des Hochschulrahmengesetzes.

Leider läuft jedoch die Hochschulpolitik in Bund und Ländern heute gerade in die entgegengesetzte Richtung. Unter den Bedingungen der Rotstiftpolitik sind Reformen, die mehr als schlichte Rationalisierungsmaßnahmen sein wollen, wenig gefragt.

Als Ausweg aus der Krise wird nun in der letzten Zeit auch wieder verstärkt das Konzept privater Universitäten nach amerikanischem Muster angeboten. Gemeint sind damit nicht nur Einrichtungen mit eng spezialisierter und unmittelbar zweckgebundener Ausbildung, in denen zum Beispiel Industrieunternehmen ihren Nachwuchs selbst heranzüchten könnten. Die aktuelle Diskussion im Zusammenhang mit Herdecke geht vielmehr um kleinere Privatuniversitäten, in denen sich Professoren und eine kleine Zahl von Studierenden ohne störende Außenkontrolle und unter privilegierten Arbeitsbedingungen der Heranbildung jener Eliten widmen, die an den öffentlichen Hochschulen nicht mehr möglich oder zu mühselig erscheint.

Dieses Konzept ist innerhalb der zuständigen Landesregierung von Nordrhein-Westfalen noch umstritten. Deutliche Kritik kam vor allem aus dem Lager der Gewerkschaften.

Verantwortliche Politiker befürchten vor allem die möglichen Folgekosten für die öffentliche Hand in einer Zeit, in der bereits für die Erhaltung der staatlichen Hochschulen nicht mehr genügend Gelder freigemacht werden können. Zwar wird immer wieder



versichert, daß die Finanzierung der privaten Hochschulen ausschließlich über Studiengebühren und Spenden gesichert werden solle. Dennoch bleiben neben der Frage der Risikohaftung die Tatsache der indirekten Belastung der öffentlichen Hand über die steuerliche Abzugsfähigkeit der Spenden und die mögliche soziale Selektion der Studenten nach ihrer Zahlungsfähigkeit. Und außerdem: Wie soll es eigentlich den Studenten und Wissenschaftlern an den öffentlichen Hochschulen klarzumachen sein, daß einerseits der Staat keine Mittel mehr hat, um die Funktionsfähigkeit seiner Hochschulen zu sichern, während sich zugleich in privater Hand soviel Geld konzentriert, daß damit kostenaufwendige Privatuniversitäten durchfinanziert werden können. Der DGB-Landesbezirk NRW hat darauf hingewiesen, daß derjenige, der finanziert immer auch Eigeninteressen hat und daß durch das Herdenker Projekt der Einstieg in konzern-eigene Privatuniversitäten programmiert werden könnte. Außerdem befürchtet er eine Aushöhlung der bestehenden Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten an den Hochschulen.

Ich meine, daß diese Bedenken ernst zu nehmen sind, auch dann, wenn die Initiatoren von Herdenke selbst solchen Zielen möglicherweise gar nicht Vorschub leisten wollen. Die Diskussion im Umfeld dieses Projektes ergibt jedenfalls genügend Hinweise darauf, daß die Bedenken von Landesregierung und Gewerkschaften keineswegs abwegig sind...

... Ein Hauptargument jener Hochschullehrerkollegen, die sich für die Idee der Privatuniversität begeistern, ist immer wieder der Hinweis auf den Niedergang von Forschung und Lehre an den staatlichen Hochschulen. Diese Diagnose ist sicherlich nicht ganz unrichtig. Die Gründung kleiner, exklusiver Privathochschulen wird nun allerdings an dieser Situation kaum etwas ändern. Hier wäre vielmehr die Orientierung auf die Ursachen der Schwierigkeiten erforderlich. Diese resultieren vor allem - wie erwähnt - aus der Finanzkrise und aus bestimmten Inkonsequenzen der Reformpolitik. Abbau von Kapazitäten bei steigenden Studentenzahlen, Verschlechterung der sozialen Lage und der Berufsperspektive der Studenten, wissenschaftsfremde Organisation der Studienreform, Einstellung der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Fehlkonstruktion der universitären Personalstruktur, die Qualifikation und sinnvolle Kooperation erschwert, müssen hier als Stichworte genügen.

Nun geht es den Verfechtern der privaten Kleinuniversitäten weniger um diese Probleme als vielmehr um die Schaffung eigener Bereiche jenseits dieser Schwierigkeiten, in denen man persönlich als sinnvoller empfundene Alternativen zu realisieren hofft. Ich will das keineswegs als prinzipiell negativ bewerten. Erlaubt sei aber doch der Hinweis, daß Rückzug in private Fluchtburgen die beklagten Verhältnisse im kritischen System eher zu stabilisieren pflegt. Problematisch wird diese Position aber dann, wenn sie mit einer bestimmten Eliteideologie und fragwürdigen Funktionszuweisungen für die öffentlichen Hochschulen verbunden wird. So wird etwa in dem kürzlich von H.A. Glaser herausgegebenen Sammelband "Hochschulreform - und was nun?" behauptet, daß die staatlichen Massenuniversitäten ihrem Wesen nach keine Ausbildungsstätten für geistige und wissenschaftliche Eliten sein könnten und deshalb diesen Anspruch aufgeben sollten. Stattdessen wird für die private Kleinuniversität plädiert, die bewußt auf die Erziehung dieser Eliten ausgerichtet sein solle. Diese Denkweise entspringt einem nach meiner Auffassung fragwürdigen und überholten Wissenschaftsverständnis. Damit stoße ich nun allerdings auf den möglicherweise zentralen Kern der Kontroverse.

Was meine ich damit? Ich meine damit zweierlei. Zum einen muß die Organisation wissenschaftlicher Tätigkeiten und der Hochschulbildung heute systematischer und umfassender denn je auf die immer komplizierteren und rasch sich verändernden Strukturen und Anforderungen des Wissenschaftsprozesses selbst und auf die Entwicklungen der berufspraktischen Umsetzungsfelder von Wissenschaft bezogen sein. Zu bewältigen sind immer komplexere Probleme von Arbeitsteilung, Spezialisierung und Kooperation, von Planung und Steuerung des Wissenschaftsbetriebs, von Vermittlung zwischen Theorie und Praxis, Forschung und Lehre, Grundlagenorientierung und Anwendungsbezug, Probleme der Bestimmung des richtigen Verhältnisses zwischen Allgemeinbildung, beruflicher Bildung und spezifisch wissenschaftlicher Qualifikation - um nur einiges zu nennen. All dies bedarf heute seinerseits bereits wieder wissenschaftlicher Problemlösung. Die Hochschul-



reform war der Versuch, an diese neuen Aufgaben heranzuführen. Sie war in diesem Sinne ein notwendiger Schritt, auch wenn wir von wirklich überzeugenden Lösungen heute noch weit entfernt sind. Am wenigsten verspricht aber sicherlich der Rückgriff auf veraltete Formen wissenschaftlicher Arbeit. Dies gilt auch für das Konzept der privaten Kleinuniversität, die wohl bestenfalls punktuell zur gesellschaftlichen Lösung der genannten Aufgaben beitragen könnte.

Der zweite Aspekt erscheint mir beinahe noch wichtiger. Die gesellschaftliche Organisation des Hochschulwesens muß heute berücksichtigen, daß sich das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft tiefgreifend verändert hat. Immer mehr Lebensbereiche von Menschen werden immer unmittelbarer und umfassender von der Entwicklung von Wissenschaft und Technik bestimmt, womit sowohl große Chancen als auch gewaltige Risiken verbunden sind. Damit aber wird das Problem der demokratischen Beherrschung und Steuerung dieses Prozesses zu einer Schlüsselfrage unserer weiteren Entwicklung. Eine Privatisierung der Ausbildung jener Eliten, die später in Wissenschaft und Gesellschaft weitreichende Entscheidungs- und Führungspositionen wahrzunehmen haben, kann deshalb nicht im Interesse der Allgemeinheit liegen. Dies umso mehr, als die mit Privatisierung unvermeidlich verbundene inhaltliche Abhängigkeit von den Geldgebern die Berücksichtigung allgemeiner gesellschaftlicher Interessen erschweren kann. Privatisierung von Hochschule und Wissenschaft steht in einem prinzipiellen Spannungsverhältnis zu den Ansprüchen der Allgemeinheit an Transparenz und öffentliche Kontrolle des Wissenschaftsprozesses. Staatliche Hochschulen bieten grundsätzlich bessere Voraussetzungen dafür, die Wissenschaft in ständiger und umfassender Kommunikation mit der Öffentlichkeit zu entwickeln, auch wenn dies bisher noch unzureichend verwirklicht wird. Wir beobachten heute in der Bevölkerung ein wachsendes Mißtrauen gegenüber Wissenschaft, Technik und professionellen Experten. Dies ist angesichts der Erfahrung zunehmender Fehlleitung und Mißbrauchs von Wissenschaft vor allem für industrielle und militärische Interessen auch verständlich. Dieses Problem ist nicht durch sogenannte Akzeptanzforschung oder Manipulation der öffentlichen Meinung, sondern nur durch konsequente Demokratisierung von Wissenschaft und Gesellschaft zu lösen. Weitere Privatisierung - wozu ich übrigens auch die überproportionale Ausdehnung der Drittmittelforschung an den öffentlichen Hochschulen zähle - erscheint mir kaum geeignet, dem Vertrauensverlust und der Zunahme von Wissenschaftsfeindlichkeit in der Gesellschaft zu begegnen.

Um nicht mißverstanden zu werden: Mein Plädoyer richtet sich nicht gegen die gezielte Förderung besonders fähiger Studenten und Wissenschaftler auf der Basis der erforderlichen Arbeitsbedingungen für alle. Es richtet sich auch nicht gegen die für produktive Wissenschaft unverzichtbare, aber immer auch kritisch zu relativierende Autonomie des Forschers und akademischen Lehrers und sein Recht, seine gesellschaftlichen Bezüge frei zu wählen. Im Gegenteil: Es kommt darauf an, diese Ziele im Rahmen des öffentlichen Hochschulsystems durchzusetzen und abzusichern; eine Aufgabe, die in der Tat noch zu leisten ist.

(-/5.7.1982/hl/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

